



Stetigjähriger Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf.,
außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anfertigungsgeld für den
Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Nummer 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erstausg. 1877. Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten, welche auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 125. Mittag-Ausgabe.

Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 15. März 1877.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

9. Sitzung des Reichstages (14. März 1877).

11 Uhr. Am Tische des Bundesraths: Fürst v. Bismarck, Hofmann,
v. Bülow, Michaelis, Friedberg, Starke u. A.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des Abg. Richter
(Hagen): Den Reichstagskanzler zu ersuchen: dem Reichstage schleunigst Nach-
weisungen vorzulegen a. über die bis jetzt auf die französischen Kriegskosten-
entschädigung und auf die einzelnen daraus bewilligten Credits verrechneten
Ausgaben, sowie über die hiernach bei diesen einzelnen Credits zur Zeit
noch vorhandenen Restbeträge; b. über die bei sämtlichen übertragbaren
Fonds des bisherigen Etats in Ordinarium und Extraordinarium zur Zeit vor-
handenen Restbestände, insbesondere auch über die weitere Verrechnung der
aus der Pauschquantumswirtschaft der Militärverwaltung übernommenen
Restbestände; c. über den Gesamtbeitrag der zur Zeit vorhandenen Kassen-
bestände des Reichs, einschließlich der Guthaben bei Bankanstalten und
Einzelstaaten und der in der Umprägung begriffenen Münzbestände.

Abg. Richter (Hagen): Mein Antrag rechtfertigt sich von selbst ange-
sichts der Finanzlage des Reichs und angesichts des Umstandes, daß es für
20,000,000 Mk. an Deductionsbeiträgen noch fehlt; einer weiteren Begrün-
dung glaube ich mich enthalten zu müssen, da ich bereits bei der ersten
Besetzung des Reichstages auf diesen Punkt eingegangen bin.

Reichstagskanzleramtspräsident Hofmann: Die Reichsfinanzverwaltung
erklärt sich bereit, die verlangten Nachweisungen, soweit es in der Kürze der
Zeit möglich sein wird, vorzulegen. Ich möchte nur anheim geben, ob es
nicht zweckmäßiger wäre, wenn die Nachweisung nicht als Druckfache an das
Haus, sondern direct an die Budgetcommission ginge, welcher es dann
überlassen bliebe, dasjenige Material, welches für alle Mitglieder von In-
teresse ist, zur allgemeinen Kenntniss zu bringen. Ich mache darauf auf-
merksam, daß bereits gestern der Budgetcommission einige Nachweisungen
vorgelegt sind. Vielleicht erklärt sich der Antragsteller mit meiner Auffas-
sung einverstanden.

Abg. Richter beantragt mit Rücksicht auf diese Erklärung die Verwei-
fung des Antrages an die Budgetcommission.

Abg. Richter (Hagen) hält die Ueberweisung des Antrages an die Bud-
getcommission für überflüssig, ist aber vollkommen damit einverstanden, daß
die verlangten Nachweisungen direct an die Budgetcommission gehen; denn
in dieser Commission liegt augenblicklich der Schwerpunkt der Beratung
über die Deckung des Deficits. Er bittet, den Antrag anzunehmen.

Abg. Richter: Die Annahme des Antrages würde geschäftsordnungs-
mäßig die Folge haben, daß die Nachweisung nicht direct an die Commission,
sondern nur an das Haus gelangen könnte. Wird der Antrag dagegen der
Budgetcommission überwiesen, so kann dieselbe, so bald die Nachweisungen
ihre zugehören, den Antrag dadurch für erledigt erklären.

Der Antrag wird der Budgetcommission überwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Verhandlung des Reichshaushalts-
etats und zwar des Etats des Reichstagskanzleramts. Zu Titel 10
„Für Ueberwachung des Auswanderungswesens. Befolgung des Reichs-
commissars 12,000 Mark“ richtet Abg. Kapp an den Präsidenten des Reichs-
kanzleramts das Ersuchen, den Reichscommissar anzuweisen, jedes Jahr,
wie das in anderen Ländern geschehe, einen detaillierten Bericht über seine
Thätigkeit im Auswanderungswesen, über die Zustände der Auswanderungs-
behörden, der Schiffe u. s. w. auszuarbeiten und diesen Bericht alljährlich dem
Reichstage zugehen zu lassen.

Präsident Hofmann erwidert, daß vom nächsten Jahre ab diesem Wunsche
entsprochen werden solle.

Abg. Lingens: Der Abg. Kapp habe bei der letzten Staatsberatung
im December vorigen Jahres den katholischen Geistlichen in Westpreußen
vorgeworfen, daß sie unter der Vorpiegelung, man wolle die dortigen Katho-
listen protestantisch machen, die Einwohner zur Auswanderung verleitet
hätten. Den Beweis für diese Behauptung sei er eben so schuldig geblieben,
wie für die Aufschuldigung des Caplan Gurovski in Antwerpen, als habe
derselbe um Geldgewinne Willen deutsche Auswanderer nach Brasilien ver-
schleppt. Diese ganze Angelegenheit, die seiner Zeit so viel Staub aufge-
wirbelt habe, sei lediglich auf Entstellung und Verleumdung liberaler Blätter
zurückzuführen.

Abg. Kapp: Daß es katholische Geistliche giebt, die zur Auswanderung
verleiten, kann unmöglich bestritten werden. Ich habe damals den Fall
Gurovski genannt, weil er überall besprochen wurde. Man wird gut thun,
den vom Präsidenten Hofmann zugesagten Bericht des Auswanderungs-
commissars über diesen Fall abzuwarten.

Präsident Hofmann macht darauf aufmerksam, daß über diesen Fall
der Bericht eine Auskunft nicht bringen könne, da derselbe mit der Thätig-
keit des deutschen Auswanderungscommissars nichts zu schaffen habe.

Abg. Majunk: Die eigenen Parteiblätter des Abg. Kapp, so die
„Danziger Zeitung“, der „Grauburger Gesellsch.“ u. A. haben zugestehen
müssen, daß der dem katholischen Clerus in Westpreußen gemachte Vorwurf
des Abg. Kapp ein völlig haltloser und ungerechter sei. Was den Fall in
Antwerpen betreffe, so habe das Comité für die Sache der Auswanderer,
welches unter dem Präsidium des Fürsten von Henburg-Virstein stehe, den
authentischen Bericht einer genau informierten hervorragenden Persönlichkeit
in Antwerpen erhalten und erhalten, aus dem hervorgehe, daß der ange-
schuldigte Caplan völlig unschuldig sei. Eine gerichtliche Untersuchung habe er-
geben, daß der Betreffende aus Unkenntnis eine leichte Gefegelsübertretung
begangen, daß ihm aber jede eigentliche Absicht durchaus fern gelegen
habe. Die Untersuchung hat denn auch eingestellt werden müssen.

Die Untersuchung wird hierauf bewilligt.

Zu Capitel 6, „Statistisches Amt, Befolgungen“ macht Abg. Schmidt
(Stettin) darauf aufmerksam, daß von sämtlichen Reichsbehörden nur 3 —
das statistische Amt, die Normal-Eichungs-Commission und das Reichsgesund-
heitsamt in ihren Competenzen im persönlichen Ausgabebudgets niedriger als
die übrigen Behörden des Reichs ausgestattet sind, obwohl diese Behörden,
wie das Reichsgesundheitsamt, ebenfalls Centralstellen für das Reich bilden.
Der Bundesrath bestimme, wie für das Reichseisenbahns, das Reichsjustiz-
amt, auch für die 3 genannten Behörden die Formen, in welchen die Ar-
beiten dieser Behörden sich zu halten haben — ebenso Veränderungen in
der Geschäftsthatigkeit dieser Behörden, aber nicht das Reichskanzleramt als
vorgesetzte Behörde. Warum sollen diese 3 Behörden nicht ebenfalls Mit-
theilungen des Reichskanzleramts sein, wie die neugebildete Finanzabthei-
lung. Die technischen und wissenschaftlichen Leistungen geben keinen Grund,
niedrigere Gehaltsätze für ihre Beamten auszuwerfen. Das statistische Amt
hat in erster Linie die Statistik der Waarenbewegung aufzunehmen und
richtet seine Thätigkeit auf das handelspolitische Gebiet, es werden die ent-
sprechenden Arbeiten in fremden Staaten von den Ministerien, den höchsten
Finanzinstituten geliefert. Auch aus diesem Grunde könnte man dem stati-
stischen Amt höhere Besoldungssätze auswerfen. Diese nicht ausreichenden
Gehälter sind Veranlassung, daß Beamte des statistischen und Gesundheits-
amtes Nebeneinnahmen sich verschaffen müssen, so bezieht ein Mitglied des
statistischen Amtes 3000 Mark Nebeneinnahmen aus einer Professur, es
fehlt aber im Etat jede Nachweisung über Neben-Einnahmen,
welche Beamte des statistischen und des Gesundheitsamtes beziehen. Eine
Versplitterung der Arbeitskraft durch Nebeneinnahmen kann dem Reichs-
dienste nicht förderlich sein. Die notwendigen Gehaltssteigerungen für die
Beamten der drei Reichsbehörden würden gewiß aus Billigkeitsgründen
vom Reichstage eben so gut bewilligt werden, wie für die Beamten der In-
validenfonds-Verwaltung.

Abg. Reichensperger (Erfeld) fragt an, ob auch in diesem Jahre das
statistische Material über das Resultat der Reichstagswahlen in übersichtlicher
Zusammenstellung dem Hause zugehen werde.

Präsident Hofmann erwidert, daß diese Zusammenstellung bereits in
Arbeit sei.

Abg. Braun kann den Ausführungen des Abg. Schmidt nicht beitreten.
Er empfinde gar keinen Verstoß, fortwährend auf Vermehrung der Gehälter
hinzuwirken. Das Haus dürfe den Standpunkt nicht verlassen über Gehalts-
erhöhungen zunächst die Vorschläge der Regierung zu erwarten, und erst,

wenn nach sorgfamer Prüfung dieselben als begründet sich herausstellen, sie
zu bewilligen.

Nachdem die Abg. Reichensperger (Erfeld) und v. Nordde zu
Rabe nach sich dieser Ansicht durchaus angeschlossen, wird das Capitel
genehmigt.

Zu der Position „Reichsschul-Commission 3600 Mk.“ bemerkt Abg.
Dr. Schröder (Friedberg): Diese Position ist in ihrem finanziellen An-
satz so unendlich dürftig, daß man wirklich fragen muß, was kann damit ge-
schehen für eine und von einer Reichsschulcommission? Die Summe genügt
nur für Remunerationen, Diäten und Reisekosten. Thatsächlich treten von
Zeit zu Zeit schablonenhaft die Vertreter der einzelnen Bundesstaaten zu-
sammen und berathen, welchen größer gewordenen Anstalten das Recht zum
Einjährig-Freiwilligen-Examen zu geben sei. Erfahrungsmäßig besteht aber
eine große Verschiedenheit zwischen den Lehrplänen und Leistungen der ver-
schiedenen Anstalten und die Ansprüche der Reichsschulcommission werden nur
durch künstliche Mittel scheinbar erfüllt. Eine derartige rein mechanische
Thätigkeit der Reichsschulcommission ist unnütz. Die Ansprüche der Reichs-
Schulcommission an die Leistungen derjenigen Anstalten, welche um das
Recht, das Einjährig-Freiwilligen-Examen zu können, nachsuchen,
sind quantitativ so bedeutend, daß dieselben nur ein rein mechanisches,
äußerliches Lernen befördern und auch bereits die Aufmerksamkeit weiterer
Interessentenkreise und besonders auch des preussischen Cultusministers auf sich
gezogen haben. Zur genaueren Inspicirung der Anstalten durch Sachleute
reicht die etablierte Summe nicht aus; wir müssen dieselbe entweder erhöhen
oder ganz streichen. Eine dieser beiden Eventualitäten muß in Zukunft ein-
treten, das erfordert die Würde des Reichs.

Die Position wird bewilligt.

Beim Cap. 7. „Normal-Eichungscommission“ nimmt das Wort

Abg. Sombart: Es besteht in unserem Maß- und Gewichtssystem
durchaus noch nicht die gewünschte und notwendige Einheit; ich habe ins-
besondere drei Mängel hervor: die doppelte Nomenclatur unserer Maße,
welche nur geeignet ist, Verwirrung hervorzurufen, während die griechische
und lateinische Bezeichnungswelt als die eingebürgerte für sich vollständig
ausreichen würde; das Fortbestehen der Viertel- und Achttheilung neben
der decimalen, obwohl es doch eben so bequem wäre, z. B. Thee nach
Zehnteln anstatt nach Achtelpunden zu verkaufen und drittens endlich in
technischer Hinsicht das Fortbestehen von Gewichten und Maßen, die durchaus
nicht in das System hineinpassen, wie z. B. des jetzigen Centners, dessen
Umwandlung dringend notwendig sein würde. Hat man erst einmal die
vollständige System-Einheit gesetzlich eingeführt, so wird dieselbe auch sehr
bald in die Praxis übergehen. Ich wünsche deshalb, daß die Reichsregierung
nach dieser Richtung hin vorgehen möge.

Bundescommissar Geh. Rath Weimann: Es haben sich allerdings in
der letzten Zeit, besonders nach den eben bezeichneten Richtungen hin, viele
Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten ergeben, denen nur auf legislativem
Wege wir Abhilfe schaffen werden können. Die Normal-Eichungscommission
hat bisher schon, soweit das Bedürfnis durchaus befriedigt werden mußte,
Veränderungen eintreten lassen, allerdings mehr im Sinne als nach dem
Vorlaute des betreffenden Gesetzes, sie hat auch eine Reihe weiterer Anträge
dem Reichskanzleramt unterbreitet; eine Beurtheilung hierüber wird jedoch
erst durch die in der Praxis gesammelten Erfahrungen sich ergeben können,
und der Reichskanzler hat deshalb jene Fragen zur weiteren Prüfung an
die einzelnen Regierungen gelangen lassen.

Im Cap. 8. „Gesundheitsamt“ wird eine Mehrforderung von 10,000
Mark für Hilfskräfte gestellt, nämlich für einen Mediciner zur Ausführung
der medicinisch-statistischen Arbeiten und für Ordnung und Exerzirung des
literarischen Materials, sowie eines Chemikers, eines Assistenten und eines
Aufwärters für den Betrieb des für die selbstständige Vornahme chemischer
Untersuchungen bestimmten chemischen Laboratoriums.

Abg. Dr. Löwe: Ich möchte hier einige Worte zur Vertheidigung dieser
Mehrforderung sagen. Ich halte es für eine Hauptaufgabe des Gesund-
heitsamtes, ein sorgfältiges Augenmerk auf die Nahrungsmittel zu richten,
weil diese ein nicht zu unterschätzendes Moment für den Stand unserer Ge-
sundheit abgeben. Wenn man bedenkt, welchen Fälschungen in Bezug auf
Speisen und Getränke wir ausgesetzt sind, und wie wichtig es ist, die Metho-
den zur Entdeckung der Fälschungen, welche in den verschiedenen Privat-
laboratorien angewendet werden, zu sammeln und nach ihrer Verwerthung
zu prüfen, und wie es nöthig ist, Gesetze auf dieser Basis zu construiren,
so werden Sie jene Mehrforderung nicht ungerechtfertigt finden. Besonders
in Bezug auf die Weine werden in der neuesten Zeit die größten Fäls-
chungen getrieben, so daß nach Versicherung kompetenter Beurtheiler in
einem Viertel oder Drittel des verkauften Stoffs überhaupt keine Spur
von Naturwein enthalten ist. (Hört!) Bei einem Prozeß in München hat
man als Differenz constatirt, daß der Alkoholgehalt des Naturweines all-
fäll, des Kunstweines sauer reagirt. Wenn sich diese Unternehmung be-
währen sollte, so würde ja ein gutes Mittel zum Nachweis der Fälschung
gefunden sein, aber wichtig ist es immerhin, daß die Methode an der Cen-
tralstelle einer Prüfung unterworfen wird. Eine Streitfrage wird sich auch
daraus ergeben, ob derjenige, welcher gefälschte Weine verkauft, eo ipso
strafbar ist, wie es in England der Fall, oder ob nur dann, wenn ihm
nachgewiesen ist, daß er von vornherein Kenntniss hiervon hatte. Alle diese
Punkte sind noch nicht völlig klar, und es wird Aufgabe des Reichsgesund-
heitsamtes sein, sich über diese Fragen schlüssig zu machen. Mit Rücksicht
darauf, daß vielleicht noch manche Bedenken über die Mehrforderung ob-
walten könnten, beantrage ich, den betreffenden Titel in die Commission zu
verweisen.

Abg. Sombart: Ich bin der Regierung zu Dank verpflichtet, daß sie
auf meinen Wunsch vom vorigen Jahre hin an Stelle des Verwaltungs-
beamten im Reichsgesundheitsamt einen Veterinärbeamten anzustellen beab-
sichtigt, aber wenn diese geschieht, so ist es auch nöthig, demselben einen
gewissen gesetzlichen Boden zu schaffen. Das geschieht nach meiner Meinung
vor Allem durch ein allgemeines Reichs-Viehseuchengesetz, und als Vorbe-
dingung hierzu durch eine höhere Ausbildung der Veterinärbeamten. In
Bezug auf den ersten Punkt bestehen zwar in Preußen gesetzliche Bestim-
mungen, aber Jeder wird mir zugeben, daß dieselben, auf ein verhältnis-
mäßig enges Gebiet beschränkt, besonders nach Thüringen hin, wo ein leb-
hafter Viehhandel besteht, gar keine dauernde Wirkung haben können.
Als Vorbildung für die Veterinärärzte müßte die Forderung eines Abi-
turientenexamens auf einer Realschule erster Ordnung oder der Besuch der
Prima eines Gymnasiums gestellt werden. Thatsächlich besteht jetzt der Zu-
stand, daß Tertiarier zur Veterinärschule gehen und dann Thierärzte werden;
bei solchen Vorkenntnissen kann man doch nicht annehmen, daß diese Leute
die Ursachen von Krankheiten richtig beurtheilen werden. Die Militär-
verwaltung selbst, die früher sehr bescheiden in ihren Ansprüchen war,
nimmt jetzt nur solche Veterinärärzte, die wenigstens das Einjährig-Frei-
willigen-Examen haben; ich halte es für dringend notwendig, daß man
noch höher mit seinen Forderungen greift.

Reichstagskanzler Fürst v. Bismarck: Die Reichsregierung wird den Wün-
schen, die eben geäußert wurden, soweit es in ihrer Macht liegt und nicht
zur Competenz der Landesregierungen ausschließlich gehört, sehr gern ent-
gegenkommen. Ich bitte Sie um die Bewilligung der Mittel der chemischen
Apparate, des Laboratoriums und eines Chemikers und möchte Ihnen dar-
legen, in welcher Weise ich zuerst das Reichsgesundheitsamt instruiert habe.
Es traten sehr viele Wünsche an dasselbe heran und der Director desselben
war im Begriff, einem derselben näher zu treten, nämlich der Untersuchung
der Verunreinigungen der Flussbetten durch Fabrikabgänge und dgl. Mir
schien es wichtiger, dasjenige, was dem menschlichen Körper zugeführt wird,
lieber in erster Linie zu betrachten, als dasjenige, was den Flüssen zuge-
führt wird. (Sehr richtig!) Ich habe daher das Reichsgesundheitsamt auf-
gefordert, zuerst seine Aufmerksamkeit der Verfälschung allgemein verbreiteter
Nahrungsmittel und Getränke zu widmen und sich zunächst die Aufgabe zu
stellen, einmal das Trinkwasser der großen Städte, dann das Bier und den
Wein, unter welchem Namen diese beiden Getränke im Handel vorkommen,
einer chemischen Untersuchung zu unterwerfen. Es hat sich dabei ergeben,
daß gerade die Analyse dieser Flüssigkeiten und die Feststellung der Zusätze
aus dem Gebiete der organischen Körper eine außerordentlich schwierige und

wenig ausgebildete Branche der Chemie ist. Unsere Hauptschwierigkeit bei
der Aufgabe ist gewesen, sich kundige Leute bereit zu finden, dann zunächst
auch nur einmal feststehende Methoden für diese Untersuchung, die zu meiner
Ueberraschung nicht vorhanden sind, dann Localitäten und die ziemlich
großen Apparate, die hierzu erforderlich sind. Die Untersuchungen sind seit
mehreren Monaten im Gange und wir können es nach unserem heutigen
Rasche haben über das Maß der — wir können es nach unserem heutigen
Gesetze kaum Verfälschung nennen — über über den gänzlichen Mangel an
Verbindung, der zwischen diesen Flüssigkeiten und dem, was man sonst Bier
und Wein nennt, besteht; sie haben mir — gar keine Verwandtschaft mit
Hopfen und Malz und der Wein mit der — raube. Ich hoffe also, daß der
Reichstag, da unter uns doch Viele sind, die beide Flüssigkeiten nicht ver-
schmähen, mir darin beistehen dürfte, diese An- — für die Gesetzgebung in Be-
zug auf die Besteuerung der Getränke und Nahrungs- — und kann uns
wichtige Anhaltspunkte bei den Erwägungen bieten, die uns, wie ich hoffe,
im nächsten Jahre bevorstehen werden. Vor der Hand wünsche ich aber nur
zu thun, was in den Kräften des Reichsgesundheitsamtes liegt, um die
Schäden, unter denen wir in dieser Beziehung leiden, — lar zu legen vor der
Öffentlichkeit, und bitte deshalb um Ihre Unterstützung bei Bewilligung der
chemischen Apparate.

Abg. Reichensperger: Ich kann dem Abg. Löwe — besonders dem
gewichtigen Worten des Reichstagskanzlers nur dankbar sein, da sie sich in dem-
selben Sinne aussprechen, wie ich selbst es im vorigen Jahre schon habe.
Ich habe damals einen wenig bösschen Brief von einer Versammlung von
Bierbrauere erhalten; dieselben hätten nach meiner Meinung beher ge-
stattet mit Stützungen sich zu beschäftigen, den Grund der Ver-
schlechterung zu entdecken, doch werden sie sich hoffentlich die Worte des Reichstags-
kanzlers nicht an dem nehmen. Ich bedaure nur die Passivität der Staats-
verwaltung oder vielmehr ihrer Unterbeamten in dieser Beziehung; die Folge der-
selben ist, daß kürzlich ein Weinhandeler die Schamlosigkeit haben konnte,
ganz offene Flasche, vom Johannisberger bis zum Gräbinger herab,
anzupreisen. In Bezug auf die Trichinen glaubt man nicht Vorrecht genug
gebrauchen zu können; dagegen in so wichtigen Dingen, wie den ange-
führten, läßt man die Vorsicht fast ganz außer Augen. Ein Getränk, welches
ebenso wie der Wein, häufig Verfälschungen ausgesetzt ist, ist die Milch, und
auf sie sollte man auch mehr das Augenmerk richten. Ob es aber nöthig
sein wird, die Prüfung aller dieser Fragen im Gesundheitsamt zu centrali-
siren, bezweifle ich doch; wir haben mit der Centralbaucommission und
anderen Centralbehörden so schlimme Erfahrungen gemacht, daß wir wenig
Zutrauen zu den Männern haben können, welche im Centrum der Dinge
sich befinden (Seitert). Ich sage im Centrum der Dinge (Seitert).
Nach meiner Auffassung wäre es viel richtiger, überall freie Comités zu
errichten, welche von den Organen der Reichsverwaltung Anregung erhalten
würden. Ebenso brauchte man kein eigenes Laboratorium einzurichten,
sondern könnte, wie dies in England geschieht, alle Analysen in den Privat-
laboratorien, besonders von berühmten Gelehrten ausführen lassen, die
dann mit dem Organ des Reichsgesundheitsamts in Verbindung treten
könnten. Man muß auch hier mehr auf Selbsthilfe und freie Entwicklung,
als auf das Gesetz vertrauen.

Reichstagskanzler Fürst v. Bismarck: M. H., ich bedaure, daß Ihre Zeit
wegen 10,000 Mark so lange in Anspruch genommen wird, während Sie
noch mit Hunderttausenden und Millionen zu thun haben werden. Aber
ich möchte doch auf diese 10,000 Mark nicht gerne verzichten, denn der Zweck,
den Sie, wie mir vorher schien, in der Mehrheit billigen, würde dadurch
wesentlich geschädigt. Ich hatte mich schon getreut, mit dem Herrn Vorredner
endlich ein Gebiet gefunden zu haben, auf dem wir uns verständigen könnten,
und wollte schon meiner Genugthuung darüber Ausruhn geben, wenn es
auch nur bei Bier und Wein wäre. (Seitert). Aber ich habe doch ge-
funden, daß auch hier Differenzen in unseren Auffassungen sind und unsere
Urtheile auseinandergehen. Er sagt, wir sollten uns in diesen Dingen nach
England richten und hat einen Appell an die englische Freiheit und Tra-
dition erhoben. M. H., das thun wir gerade. Die Engländer haben damit
begonnen, den Weg zu betreten, den der Herr Vorredner empfahl, und haben
vergleichen Untersuchungen von großen Chemikern und anderen Entreprisen
anstellen lassen. Sie haben sich aber überzeugt, daß der Weg ein unrich-
tiger war und daß die Chemiker zum Theil den Ueberzeugungsgründen und
Künsten der Interessenten noch zugänglicher waren, als den Wünschen der
Regierung, und daß sie überhaupt keine bestimmte Unterlage boten. Gerade
die Engländer haben sich staatliche Einrichtungen und Centralorgane ge-
schaffen, obwohl sie so wenig zur Centralisation geneigt sind. Der Appell
an die englischen Einrichtungen trifft also nicht zu. Wenn der Herr Vor-
redner sagt, es sollten sich überall Comités bilden, so wäre das sehr schön;
sie bilden sich aber nicht, und ich kann sie nicht schaffen. Er verweist uns
an die Organe, welche das Reich überall hält. Ich glaube, das Reich ist
im Verhältnis zu seiner Aufgabe die organloseste Institution, die überhaupt
existirt. Ich hoffe auch, er würde mir einige nennen und einige entdecken,
die mir bisher entgangen sind; aber wir haben gar keine Organe, die nam-
entlich dazu geeignet wären.

Ich will nur noch bestätigen, daß diese Anpreisung der Bouquets für
jede Sorte Wein mir gedruckt vorgelegen hat; sie besand sich, wenn ich nicht
irre, bei den Acten des Reichsgesundheitsamts, und ich müßte mich sehr
irren, wenn ich nicht auch in dem für unsere sittlichen Zustände so außer-
ordentlich interessanten öffentlichen Anzeiger des „Kladderadatsch“ dieselbe
gefunden hätte. Ein Theil dieses Blattes, dessen Studium ich nur Allen,
die an der Verbesserung unserer Sittenzustände arbeiten, aus sehr vielen
Rücksichten dringend empfehlen kann, — was man dort anpreist, ist außer-
ordentlich lehrreich für den, der das Leben unserer großen Städte beob-
achtet. Einen Appell an die hier vorhandenen Laboratorien haben wir
ebenfalls versucht; die Antworten aber, die ich von allen preussischen Be-
hörden erhalten habe, sehen die großen Schwierigkeiten auseinander; nur
das landwirthschaftliche Ministerium hat mit großer Liberalität mir theil-
weise das Laboratorium in der Thierarzneischule zur Verfügung gestellt,
aber doch nur in Concurrenz gleichzeitiger Benutzung derselben Localien
durch Andere. Aber sollen die Untersuchungen sichere amtliche Resultate
liefern, so müssen sie in ganz abgeschlossenen Räumen und mit einem ge-
wissen Geheimniss betrieben werden. Sollte übrigens noch eine weitere de-
taillierte Auskunft verlangt werden, so ist ein technisches Mitglied des Reichs-
gesundheitsamtes, Herr Fintelburger, gegenwärtig; der Director selbst ist
nicht anwesend, weil ich ihn beauftragt habe, einer in München stattfindenden
Besprechung über Mittel zur Abwehr der Cholera beizuwohnen, in
der Voraussetzung, daß er nicht absolut notwendig für diese Debatte sein
würde.

Abg. Richter: Ich gebe dem Reichskanzler in vielen Punkten vollständig
Recht, doch habe ich in Bezug auf die Kosten des Laboratoriums einige Be-
denken geltend zu machen. Am besten werden sich diese Fragen aber in der
Budgetcommission erledigen lassen; vielleicht würde da auch ein Ausweg ge-
stellt werden, daß dem Director ein Pauschquantum zur freien Verfügung
gestellt wird, mit welchem er die Bedürfnisse zu befriedigen im Stande sein
würde.

Abg. Dr. Lucius (Erfurt): Ich glaube nicht, daß eine Verweisung des
Titels an die Commission notwendig sein wird. Nach den Ausführungen
des Reichstagskanzlers scheinen mir die Mehrforderungen absolut notwendig
zu sein. Die Form eines Pauschquantums hat ja die Summe schon an
und für sich, da sie nur für künftige Beamte ausgeworfen wird und der
Reichstag durch diese Bewilligung keineswegs für künftige engagirt ist. Was
den Wunsch des Abg. Sombart anlangt, auf Erlass eines Reichs-Viehseuchen-
Gesetzes, so kann ich demselben nur zustimmen, ebenso dem Verlangen nach
besser vorgebildeten Thierärzten, wenn er aber als Bedingung für dieselben
ein Abiturienten-Examen verlangt, so würde, fürchte ich, das Bedürfnis nach
Thierärzten noch größer werden, als es jetzt schon ist. Es kommt mir das
gerade so vor, als wenn man von einem Volksschullehrer eine akademische
Bildung verlangen würde.

Abg. Dr. Hirsch: Ich möchte das Reichskanzleramt auf eine wichtige
Aufgabe des Gesundheitsamtes aufmerksam machen, die Aufstellung von
Morbiditäts- und Mortalitäts-Tabellen. Es ist dies ein für Lebensver-

Richtungen, Hilfsstellen und alle Gefühlsfragen überhaupt notwendig Material. Deutschland steht in dieser Beziehung weit hinter anderen Ländern zurück; das statistische Material liegt überall in den Akten vergraben, während es an der Centralstelle wissenschaftlich verwertet werden könnte. Das Reichsgesundheitsamt könnte hier ein großes Verdienst erwerben. Sollte jedoch von Seiten der Regierung kein entgegenkommender Bescheid erteilt werden, so würde ich mir später einen dahingehenden Antrag zu stellen erlauben.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Dann wollte ich doch den Herrn Vorredner bitten, lieber einen besonderen Antrag zu stellen, da ich entgegenkommend zu antworten doch nicht im Stande bin. Bei aller Neigung der verbündeten Regierungen, den weitestgehenden Zielen der Statistik die Wege zu ebnen, dürfen Sie doch auf der andern Seite nicht vergessen, die Leistungsfähigkeit der Organe, auf welche die Uebertragung des Materials entfällt, in Betracht zu ziehen. Da sind nun schon wiederholt Vorschläge gemacht worden, denen gegenüber ich mich ablehnend verhalten mußte, weil dadurch neue Leistungen auf eine noch in der Jugend befindliche Organisation im preussischen Staate eingelegt werden würden, nämlich auf die neue Kreis- und Communal-Verwaltung, in welcher wir eine Menge unbesoldeter Aemter haben, gegen deren Uebernahme ich bereits bei deren großer Ueberbürdung eine gewisse Abneigung herrscht. Also die ablehnende Haltung der Regierungen entspringt nicht dem Mangel an Interesse gegen wissenschaftliche Bestrebungen, sondern dem Grundsatze: *audiat et altera pars*. In der Praxis würde besonders die Staatsbeamten eine erhebliche Mehrbelastung treffen, und es könnte daraus leicht ein gewisser Jörn gegen die Statistiker und ihre gewöhnlichen Bestrebungen entstehen.

Die einzelnen Titel dieses Capitels werden genehmigt, Titel 4 (Mehrforderung von 10,000 Mark für Hilfskräfte) der Budget-Commission überwiesen.

Nachdem der Etat des Bundesrathes und der Ausschüsse des Bundesrathes ohne Debatte genehmigt worden, wendet sich das Haus dem Etat des auswärtigen Amtes zu. Zu Titel 2 (Director mit 20,000 Mark gegen 15,000 Mark im Vorjahre) bemerkt Abg. Richter (Hagen), daß es ihm nicht erscheint, bei den allgemeinen Klagen über die unzureichenden Gehälter der unteren Beamtenkategorien gerade in den höchsten Stellen eine einzelne Ausbesserung vorzunehmen. Nachdem man im vorigen Etat eine Gehaltserhöhung bei den Unterstaatssecretären habe eintreten lassen, greift man jetzt einen einzelnen Ministerialdirector heraus. Redner verweist darauf, daß man im preussischen Abgeordnetenhaus es abgelehnt habe, für die Unterstaatssecretäre die Gehälter zu erhöhen; er empfehle auch hier die Ablehnung dieser Erhöhung, weil es sich dabei nicht um eine systematische Gehaltsregelung handle.

Bundesbevollmächtigter v. Bülow: Die Sachen liegen doch im Auswärtigen Amte des Reiches anders als in den preussischen Ministerien, denn die höheren Reichsbeamten haben eine viel eingeschränktere Gelegenheit zum Advanciren und zum Aufsteigen in höhere Gehaltsstufen. In diesem Falle kommt noch zur Erwägung, daß nach der Bedeutung der geschäftlichen Aufgabe dieses Amtes die Stelle vollständig der eines Unterstaatssecretärs entspricht; es ist deshalb nur Billigkeit, wenn der Vorschlag zur Erhöhung des Gehalts gemacht worden ist.

Abg. Dr. Lasker: Nach unserer Auffassung handelt es sich hier nur um einen einzelnen Fall von Gehaltserhöhung, der in der Bedeutung und dem Umfange des Amtes begründet ist; wir werden deshalb für die Erhöhung stimmen.

Abg. Richter (Hagen) verweist darauf, daß es doch noch andere Ministerialdirectoren im Reichskanzleramt gebe. Wenn man Gehaltserhöhungen gewähren wolle, so würden sich wohl auch besonders schwierige technische Stellen finden, für die bei der Wichtigkeit und Verantwortlichkeit des Amtes eine Erhöhung am Platze wäre.

Abg. Dr. Behrenspennig: Der Vorredner hat auf andere Ministerialdirectoren verwiesen, aber von keinem nachgewiesen, daß er einen analogen Geschäftsumfang hätte, wie der in Frage stehende Director im Auswärtigen Amte. Ich kann deshalb nur bitten, die Mehrforderung zu bewilligen.

Der Titel wird genehmigt gegen die Stimmen der Fortschrittspartei, des Centrums, der Polen und der Socialdemokraten.

Zu Capitel 12, Gesandtschaften und Consulate, und zwar zu den Titeln Votschaften in London und St. Petersburg, für welche gegen das Vorjahr 30,000 Mark mehr ausgeworfen sind, erhält Abg. Schröder (Lippstadt) das Wort: In den Blättern der Geschichte ist dem Reichskanzler jedenfalls eine sympathische Erwähnung, die seines berühmten schwedischen Kollegen, der nun schon über 200 Jahre todt ist, und dessen bekanntes Dicitum über die Diplomaten. Bei den Erhöhungen der Diplomaten-Gehälter, um die wir schon seit mehreren Jahren angegangen werden, haben wir nicht etwa den Grund gehört: es würden große Leistungen gefordert, oder es läge dem Amte eine besonders große Verantwortlichkeit ob, und demgemäß sei eine hohe oder tiefe Bildung und Gelehrsamkeit notwendig, man finde solche Leute selten, man müsse sie suchen und gut bezahlen; es sind diese Erhöhungen vielmehr aus rein äußerlichen Gründen von uns verlangt worden. Die Sache hing an mit der Erhöhung des Votschaftergehaltes in Paris; Motiv war: Gleichstellung desselben mit anderen; das haben wir ohne Weiteres bewilligt. Dann kam Italien. Dieser Zwischenfall nahm größere Bedeutung an; als ein Theil des Centrums dagegen stimmen zu wollen schien, hielten die Abgg. Dr. Hänel und von Bennigsen patriotische und nationale Reden über die Bedeutung des Bündnisses mit Italien; man dürfe gar keinen Zweifel bestehen lassen über die völlige Uebereinstimmung der Volksvertretung mit der äußeren Politik. Dazu lag gar keine Veranlassung vor, denn es hatte Niemand über das Bündnis mit Italien gesprochen, ja kaum einmal darüber nachgedacht. (Heiterkeit.) Denn auf dem Felde der äußeren Politik erfreut sich der Reichskanzler einer allgemeineren Anerkennung, als auf dem der inneren. Nun kommt London und Petersburg wieder mit einer Erhöhung von je 30,000 Mark, sieht da nicht jeder schon in der Zukunft wieder das Gespenst der Gleichstellung? Das ist ein bittriger Birkel, in den wir uns nicht einlassen können.

Es wird in den Erläuterungen gesagt: „im Interesse des Dienstes“ sei die Erhöhung notwendig geworden, weil das bisherige Gehalt sich als unzureichend erwiesen habe. Die Worte: „im Interesse des Dienstes“ haben sehr viel von dem Druck verloren, welchen sie früher auf die Volksvertretung ausübten, nachdem man sie viele Jahre gebraucht oder mißbraucht hat, bei Verwehungen oppositioneller Beamten, die alle „im Interesse des Dienstes“ erfolgt sein sollen. Ob der jetzige Votschafter in London auf seinen Posten ging, passierte folgende Scene: Bei der Debatte über die Ausprägung der Goldmünzen wollte Graf Münster, jedenfalls nach dem Sage: *l'appetit vient en mangeant*, die übrigen Souveräne Deutschlands mit einem Schlage befeitigen (Unruhe), allerdings nur auf den Rückseiten der Goldmünzen. (Heiterkeit.) Da rief ihm der Reichskanzler zu, was Archimedes dem Soldaten zurief, der ihn dann tödtete: *noli turbare circulos meos*. Dieses Motto wird ihm auch als Instruction mitgegeben sein und ist jedenfalls noch verschärft worden durch das *quos ego!* des Armin-Paragraphe. Auf das weitere dienstliche Verhalten des Votschafters will ich gar nicht eingehen, sondern nur bemerken, daß wir den Antrag auf Ablehnung dieser Mehrforderung auch dann gestellt hätten, wenn der Votschafter in London nicht jene hochgeniale Rede gehalten hätte, in der er das protestantische Kaiserthum in Deutschland glorificirte. Für Petersburg werden die 30,000 Mark nur als Repräsentationskosten gefordert; dieser Ausdruck wäre auch für London deutlicher gewesen. Ich bin der Meinung, daß man durch mehr oder weniger Luxus bei solchen Dinners und Assemblies weit weniger importirt als durch anständige Einfachheit und wo möglich Entzagung (Heiterkeit).

Besonders für das arme Deutschland würde jeder Versuch, mit 30,000 oder 50,000 Mark mehr den anderen reicheren Staaten es zuvorzuthun, nur lächerlich sein; es sollte sich bemühen, durch republikanische Einfachheit zu imponiren. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, wenn man auch die Republik nicht will, so kann man doch einzelne republikanische Tugenden wollen. Man hat auch bei der Vergleichung unseres Londoner Gesandten mit den Gesandten der anderen Mächte den amerikanischen Gesandten ausgelassen und nur den russischen, italienischen und französischen angeführt; Frankreich ist allerdings jetzt auch Republik. (Heiterkeit.) Bei den jetzigen Zeitverhältnissen sollte man am allerwenigsten an eine solche Erhöhung denken; ich habe jetzt erst amtlich bestätigt gelesen, daß in einem Distrikte Oberösterreichs der Hungerhypeus ausgebrochen sei, nachdem regierungsfreundliche Blätter dies bisher als übertrieben bezeichnet hatten. Es sind dort nicht weniger als 1558 Krankefälle constatirt. Es steht also leider wieder eine solche Calamität wie 1847 in Aussicht. Ich kenne die Verhältnisse des betreffenden Reiches genau, weil ich achtzehn Jahre meiner productiven Thätigkeit in demselben zugebracht habe (Heiterkeit), womit ich noch nicht gesagt haben will, daß meine jetzige Thätigkeit unproductiv sei. Ich denke, es ließe sich die Idee verfolgen, den Votschafter-Dienst billiger und einfacher zu machen, und zwar müßte ich diese Idee an einen Besuch bei dem berühmten Automaten Aved an, der an Zuverlässigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. (Heiterkeit.)

Bundesbevollmächtigter v. Bülow: Es ist bei diesen Mehrforderungen nicht zu vergessen, daß die Interessen des Dienstes von Jahr zu Jahr

wachsen und daß es erforderlich ist, gute und tüchtige Leute zu haben, welche diese Interessen wahrzunehmen verstehen. Wenn man sagt, daß wiederholt Zulagen gefordert sind, so ist daraus die Sparfameit des Auswärtigen Amtes zu erkennen, welches sich bei seinen Vorschlägen immer nur auf das Nothwendigste beschränkt. Schon der Vorgänger des jetzigen Votschafters in London machte darauf aufmerksam, daß er mit den 25,000 Mark, die er als preussischer Gesandter bezog, als deutscher kaum mehr auskommen würde. Der Graf Münster sagte bei seiner Ernennung, daß er nach seiner Kenntnis der englischen Verhältnisse mit dem Gehalte, welches sein Vorgänger bezogen habe, nicht glaube auskommen zu können. Nachdem Graf Münster 4 Jahre lang die Votschaft geführt, hat er nachgewiesen, daß mit 120,000 Mark für englische Verhältnisse nicht auszukommen sei, nicht weil er gerade große Feste geben muß, sondern weil er in der Lage sein muß, gleichmäßig mit denjenigen Personen zu leben, welche die Mitte der guten englischen Gesellschaft bilden. Es sind auch die Ausgaben und Leistungen der deutschen Votschaft viel größer geworden als früher. Unter diesen Umständen kann es nur als billig erscheinen, wenn Graf Münster diese Zulage erhält; damit wird er den anderen Votschaftern nicht vorangestellt, sondern ihnen nur gleichgestellt, indem er nun keine Zuschüsse mehr aus seinem eigenen Vermögen zu machen braucht. Im Interesse des Dienstes liegt es nicht, daß Jemand Zuschüsse aus seinem Vermögen macht und es kann auch gar nicht beabsichtigt sein, daß nur reiche Beamte als Votschafter angestellt werden. Es soll auch aus diesem Vorgehen keine Analogie für die anderen Votschafter gezogen werden. Ich kann also nur unter Berufung auf die tatsächlichen Verhältnisse an die Billigkeit des Reichstages appelliren.

Abg. Richter (Hagen): Die Rede des Abg. Schröder nöthigt uns zu der Erklärung, daß, wenn wir gegen diese Position stimmen, dies nicht aus denselben Motiven thun, welche der Abg. Schröder hier vorgeführt hat. Wir halten es nicht für gerecht und angemessen, in einer Zeit, wo man trotz der begründeten und anerkannten Ansprüche niedere Beamten in ihren notorisch unzulänglichen Gehältern belassen muß, gerade in den höchsten Beamtenstellen die Gehälter mehr als ausreichend zu dotiren.

Abg. Graf Frankenberg: Ich habe nur das Wort ergriffen, um dem Unwillen Ausdruck zu geben über die Art und Weise, in der der Abg. Schröder das Gespenst des Nothstandes uns vorgeführt hat, um uns zu bestimmen, diese Position abzulehnen. Es war wohl das denkbar ungeeignetste, was geschehen konnte, wenn er eine so ernste und traurige Frage wie den Nothstand und Hungerhypeus in eine Witzrede einslodt, die uns schließlich bis zu Rastens Panoptikum führte.

Abg. Schröder (Lippstadt): Wenn der Vorredner über mich unwillig ist, so bin ich gewöhnt daraus den Schluß zu ziehen, daß ich etwas sehr richtiges gesagt haben muß. Es war wohl berechtigt, den allgemeinen Gesichtspunkt der traurigen wirtschaftlichen Lage des Landes hervorzuheben, wenn man derartige Mehrforderungen von uns verlangt.

Die geforderte Erhöhung des Votschaftergehaltes in London um 30,000 M. wird hierauf mit 157 gegen 147 Stimmen abgelehnt. (Dagegen das Centrum, die Fortschrittspartei, Polen und Socialisten, dafür die Nationalliberalen mit Ausnahme von Lasker, Rapp, v. Stauffenberg und Bodum-Dollfus).

Für den Votschafterposten zu Petersburg verlangt der Etat gleichfalls eine Gehaltserhöhung um 30,000 Mark.

Fürst Bismarck: Wenn ich annehmen darf, daß die vorige Abstimmung sich nur auf London bezog, so möchte ich doch noch eine Lanze für Petersburg einlegen und Sie bitten, die Abstimmung für London für Petersburg nicht maßgebend sein zu lassen. Hier sind die Verhältnisse in so fern noch schwieriger wie in London, als ein Zurücktreten aus der durch die Verhältnisse dem Votschafter auferlegten Stellung gar nicht möglich ist. In London kann Jemand allenfalls, wenn er nicht empfindlich gegen Kritik ist, in der großen Stadt von 2 Millionen, in der Hof und Alles, was mit dem Hofe in Verbindung steht, sich nicht so deutlich im Profil abhebt wie in Petersburg, bis zu einem gewissen Grade sich zurückziehen, obschon das auch seine Grenzen hat. Und ich kann erwähnen, daß frühere Gesandte und Votschafter, die sich in ähnlicher Lage befanden, nach ihrem Tode mitunter Verhältnisse hinterlassen haben, die es für ihre Angehörigen, Kinder und Wittwen haben bedauern lassen, daß die Herren nicht früher aus der Stellung herausgetreten sind. In Petersburg ist der Votschafter in die Nothwendigkeit versetzt, im Anschluß an den Hof zu leben, durch den Mangel einer großen, reichen Mittelschicht, welche allenfalls das Leben der höchsten Regionen deckt und undurchsichtig macht. Ich habe über Petersburg eigene Erfahrungen; ich weiß genau, was man da braucht, und weiß, um wieviel die Preise seitdem gestiegen sind; wohlverstanden, die Preise für Alles, was zum Luxus gehört. In Petersburg wiederholt sich dieselbe Erscheinung, wie in allen den Gegenden, welche die Luxusartikel nicht selbst fabriciren; ja, erkennbar ist für den Reisenden, daß der Preis aller der Gegenstände, die zum Luxus gehören, unhältnißmäßig viel höher ist, als der der gewöhnlichen Lebensbedürfnisse; man kann sagen im Vergleich mit andern Gegenden um das Vier- bis Fünffache. Beispielsweise einen Mod müssen Sie in Petersburg unhältnißmäßig viel theurer bezahlen als irgendwo anders, während man nicht sagen kann, daß das Brot dort theurer sei.

Im Gegentheil, das Brot ist dort vielleicht billiger; diese Wohlfeilheit wird aber wieder aufgehoben durch die viel größere Menge von Seuten und Pferden, die man dort haben muß. Die Existenz zu Fuß ist dort in einem großen Theil der Jahreszeiten und gerade in denjenigen, wo Gesellschaften vorzüglich stattfinden, ganz unmöglich; jeder, der die Verhältnisse in Petersburg kennt, wird mir darin Recht geben. Jedes Familienmitglied ist, wenn es sich irgendwie selbstständig bewegen soll, in der Lage, eine Droschke zu haben, ein elegantes einspänniges Fuhrwerk mit einem Pferde. Ich möchte sagen, ein Kind wohlhabender Leute in Petersburg wird mit einem solchen Wagen geboren und ist getrennt von ihm nicht zu denken. (Heiterkeit.) So ist es nach meinem Bedenken nicht etwa ausreichend, daß ein Votschafter in Petersburg nur eine Equipage hat, daß er auch nicht mit den beiden auskommt, die die Votschafter in großen Städten meist gebrauchen, denn nicht allein ist er genöthigt zu fahren, sondern das thut zu gleicher Zeit die Votschafterin, die ja auch zu den wenigen Damen gehört, die mit im Dienst sind; sie hat zu den Vorstellungen zu kommen, sie hat zu den Audienzen zu erscheinen, sie hat andere Colleginnen vorzustellen, kann nicht beliebig abgehen und ist nicht in der Lage, wie in den gewöhnlicheren Verhältnissen, mit dem Votschafter den gleichen Wagen zu gebrauchen, sie müssen beide gesonderte Equipageeinrichtungen haben, sonst kommt der Votschafter hundert Mal in Verlegenheit, daß er bei Entfernungen, wie die von English Quay bis zur Titanic, die zu den ganz gewöhnlichen gehören, also wie von hier bis zum Schlesischen Thor oder Nibabhof und die in dem Bereich einer gewöhnlichen Visite liegen, da er sie zu Fuß überhaupt nicht zurücklegen kann, dienstliche Excursionen unterlassen muß. Ja, das reicht nicht; wenn er Familie hat, die irgendwie ins Freie gelangen soll, so braucht der Votschafter für ein Kind wenigstens noch ein einspänniges Fuhrwerk, junge Damen können dort die Wege in der Stadt zu Fuß nicht zurücklegen.

London und Petersburg stehen durchaus nicht ganz gleich, für letzteres ist das Bedürfnis noch in viel höherem Maße vorhanden, wie für jenes. Wenn Jemand, der ausdrücklich, weil er nach amtlichen Beweisen das persönliche Vertrauen des Kaisers Alexanders besitzt, dorthin geschickt worden ist, erklärt, und erklären muß: ich kann diesen Posten nicht länger behalten, denn ich habe nicht ein so großes eigenes Vermögen, um meine Wittve und meine Kinder für die Verluste, für die Schulden, die ich im Falle des Hierbleibens zu machen genöthigt wäre, entschädigen zu können. Ich möchte Sie also wiederholt bitten, die geforderte Erhöhung zu bewilligen, weil die Verweigerung ganz entschieden auf die Entwidlung des Dienstes und seine richtige Beförderung auch in einer Weise zurückwirken würde, die mich gerade persönlich in Verlegenheit bringen würde.

Abg. Richter (Hagen): Die Gehälter der beiden Votschafter zu London und Petersburg sind bisher stets gleichgestellt worden und ich möchte Sie bitten, auch heute diesen Grundsatz festzuhalten. Wenn man erst anfängt, die einzelnen Fälle ins Auge zu fassen und für sich zu betrachten, dann kommt man allerdings zu solchen Detailbetrachtungen, wie der Vorredner, daß man zuletzt die Kosten für Kinderwagen, für die jungen Damen, die nicht zu Fuß gehen können, bei Gehaltserhöhungen mit in Rechnung stellt. Es ist für uns nach wie vor in erster Reihe maßgebend, daß es uns nicht angemessen erscheint, in einem Augenblick, wo uns die Finanzvorlage verbietet, viele Ansprüche von Beamten, für die sich viel mehr anführen läßt, wie für diesen einzelnen Posten, zu befriedigen, noch einen solchen einzelnen Posten, der durch seine Vereinzelung noch mehr ins Auge fällt, herauszugreifen. Ich bitte Sie, nicht von dem früher gefassten Beschlusse abzugehen.

Abg. v. Unruh kann aus seiner eigenen persönlichen Erfahrung nur bestätigen, daß die Verhältnisse in Petersburg total verschieden seien von denen aller anderen Hauptstädte. Bei den häufigen Reisen, die er an der Spitze eines großen Geschäftes so zu sagen als Commis voyageur nach Petersburg gemacht, sei er erstaunt gewesen, dort Zustände in Bezug auf Comfort und dergleichen anzutreffen, die sich mit denen in Wien, Paris und London gar nicht vergleichen ließen. In all den letztgenannten Orten kann ein anständiger Mann sich einschränken, in Petersburg ist dies absolut unmöglich; wenn man in Paris und London mit 6 bis 7 Thalern reichlich auskommt, braucht man in Petersburg mindestens 13 14 Rubel, also

gerade das Doppelte. Ja, läßt auf Grund dieser mehrfachen Erfahrungen die Mehrforderung für den Votschafter in Petersburg nur dringend empfehlen.

Fürst Bismarck: Ich möchte dem Abg. Richter nur einige Worte erwidern, um zu verhindern, daß angenommen wird, die Ablehnung für London ziehe notwendig die Konsequenz nach sich, daß auch die Forderung für Petersburg abgelehnt werde. Es wurde darauf hingewiesen, daß früher beide Votschaften immer pari passu gegangen seien. Wir haben sie ja auch jetzt pari passu vorgebracht; bei der einen halte ich das Bedürfnis für noch etwas dringlicher als bei der anderen, aber es ist bei beiden vorhanden. Nicht weil Sie die Mehrforderung für Petersburg bewilligen, würde ich Sie im nächsten Jahre für London um dasselbe bitten, sondern die Lage in London an sich würde dazu nöthigen, und wenn Sie Petersburg ebenfalls ablehnen, so würde ich Sie um beide bitten müssen. Für mich ist kein Grund, wenn Sie eines ablehnen, nicht doch noch für das Andere einzutreten; eines von beiden bewilligt zu bekommen, ist mir immer noch erwünschter, als beides abgelehnt zu sehen. Was die wenig galante Aeußerung des Abg. Richter über junge Damen betrifft, so möchte ich bemerken: ich kann doch nicht Gesandte aussuchen, die im Solibat leben oder die Bedingung machen, daß sie keine Kinder haben, weder erwachsene noch unerwachsene.

Es ist ja ein außerordentlicher Vorzug für die Carrière, wenn Jemand ohne alles weibliche Gepäck sich durch die Welt schlagen kann (Heiterkeit), aber wir sind nicht in der Lage; wir können die Posten weder an die Minibefördernden, vielleicht an die Reichsten, aber weniger brauchbaren austauschen, noch die Bedingung daran knüpfen, daß die Familien der dazu Ausgewählten so zusammengelegt sein sollen, wie es den möglichen Sparmaßregeln in der augenblicklichen Nothlage entspricht. Wir müssen die Brauchbaren nicht bloß ihrer Befähigung, sondern ihren Verhältnissen nach nehmen, ohne Rücksicht darauf, ob sie verheirathet sind oder nicht. Wenn vorhin der erste Redner an das Maß der Beförderung ein Urtheil über die erforderliche Gelehrsamkeit zu knüpfen suchte, so muß ich daran erinnern, daß die Gelehrten den Beruf zur Diplomatie nicht in besonderer Weise betheätigt haben. Die Arbeit des Diplomaten besteht in dem praktischen Verkehr mit Menschen, in der richtigen Beurtheilung dessen, was andere Menschen unter gewissen Umständen wahrscheinlich thun werden, in der richtigen Erkennung der Absichten Anderer und der richtigen Darstellung der seinigen; ich möchte sagen, persönliche Liebenswürdigkeit und Menschenkenntnis wirken dabei oft viel. Wir haben ziemlich viel ungelehrte Diplomaten gehabt, die factisch die leistungsfähigsten waren. Ich will nur den General von Rauch nennen, der auch in Petersburg fungirte, ein so ausgezeichnete Mann, daß, wenn ich daran erinnere, daß seine Gelehrsamkeit vernachlässigt war, seine Nachkommen mir das gewiß nicht verübeln werden, denn er war einer der besten Diplomaten, die wir gehabt haben, und der, wenn er lebte, heute auf dem Posten in Petersburg sein würde. Wir bezahlen nicht die Gelehrsamkeit, sondern nur die unentbehrlichen Existenzbedürfnisse.

Zwingen Sie die Leute eine Zeit lang die Kritik über unzulängliche Mittel in einer solchen Stellung zu ertragen, so werden Sie sie verdrießlich, gereizt, hypochondrisch machen, die Geschäfte werden vielleicht unter den Sorgen und der Verstimmlung leiden. Sie werden Kritiken über den deutschen Gesandten haben, wie man bei ihm lebt, wie kümmerlich es ist. Ich gebe zu, er kann sich als tapferer Soldat über alles das hinwegsetzen; aber ich fürchte, er thut das nicht immer und er wird sagen: erlitten Sie mich aus der peinlichen Lage und geben Sie mir den ersten besten kleineren Posten, anstatt daß ich hier, obwohl legitimirt durch ein Reichstagsvotum über meine Zurückhaltung die Sticheleien, Zeitungsandeutungen und sonstigen Aeußerungen von bösser Geringachtung ertragen muß, die damit verbunden sind, wenn man sich in seinem ganzen Haushalte und seinen Ausgaben nicht auf dem Niveau befindet, was durch Gewohnheit und Herkommen dafür vorgezeichnet ist, indem man hinter den Anforderungen zurückbleibt. Ich bitte Sie, lassen Sie nicht auch noch Petersburg leiden und gewähren Sie mir wenigstens den einen geforderten Posten vollständig.

Abg. v. Schorlemer (Alst): Die Erfahrungen, die Herr v. Unruh als Commis voyageur gemacht, können für uns unmöglich maßgebend sein. Die Frauen und Töchter der Votschafter gehen in London und Paris gewiß auch nicht zu Fuß, und wenn die Röde in Petersburg wirklich so theuer sind, wie der Reichskanzler geschildert, so mögen sich die Herren doch ihre Röde in Deutschland machen lassen; möge der Reichskanzler ihnen doch befehlen, deutsche Röde zu tragen, eben so gut wie den Votschaftern bekanntlich vom Reichskanzler verboten worden ist, ausländische Frauen zu heirathen. (Heiterkeit.) Sollten übrigens die Votschafter wirklich, wie der Reichskanzler meint, zurücktreten, weil ihr Gehalt nicht groß genug sei, so wird Fürst Bismarck ja in der bekannten Votschafterfraction immer hinreichenden Ersatz finden.

Fürst v. Bismarck: Auf den Witz des Vorredners über die Votschafterfraction kann ich nicht antworten, weil ich die Logik und Anwendbarkeit desselben hier wirklich gar nicht verstand. Ich habe viel logischere und hübschere Ausführungen von ihm schon gehört und ich muß sagen, wir finden eine bessere Sorte von der Quelle gewöhnt. Was soll es heißen, der Votschafter könnte, wenn er abdanke, ja in die Votschafterfraction eintreten. Ich bin für Sticheleien, wenn sie irgend logisch sind, auch als Mitläufer gern empfänglich, aber diese hat mir wirklich leid. (Heiterkeit.)

Abg. Richter (Hagen): Ich habe sehr gerechtfertigte persönliche Gründe, im deutschen Reich das Mißverständnis, welches die Auffassung des Herrn Reichskanzlers leitete, als ob es mir an der erforderlichen Galanterie gegen junge Damen fehle, sich nicht weiter verbreiten zu lassen. Ich gönne jungen Damen jeden ihnen wünschenswerthen Comfort. Ich hielt nur den deutschen Reichstag für incompetent — und vielleicht befindet sich darin gerade eine gewisse Galanterie — in die vom Herrn Reichskanzler eingeleitete Specialdiscussion über die budgetmäßigen Bedürfnisse junger Damen einzutreten. Ich darf darum den Reichstag, das Votschaftsgesamt statt nach einer Specialuntersuchung nach allgemeinen Grundsätzen für Gehaltsregulierung zu bemessen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Schorlemer (Alst): Der Reichskanzler meinte, ich hätte gesagt, wenn der Votschafter abginge, so könne er in die Votschafterfraction eintreten. Ich habe aber gesagt, wenn der Votschafter aus Petersburg zurücktrete, so würde Fürst Bismarck in der Votschafterfraction reichlichen Ersatz finden. Der Herr Reichskanzler thut mir leid, daß er diesen Witz nicht verstanden hat.

Nachdem sich noch der Abg. Gerhardt gegen die Mehrbewilligung ausgesprochen, wird hierauf die geforderte Erhöhung des Votschaftergehaltes in Petersburg um 30,000 M. mit 163 gegen 148 Stimmen bewilligt (dafür stimmen u. A. diesmal auch die Abgg. Lasker, Rapp und v. Stauffenberg).

Bei Tit. 78 (Dispositionsfonds bezugs Beförderung der Beamten in den Consularämtern, deren Errichtung sich im Laufe des Etatsjahres als notwendig herausstellte 75,000 M.) wünscht Abg. Graf v. Ballesström eine Verringerung der Summe, da die Consulate in Algier, Barcelona und Port au Prince, welche bis zum vorigen Jahre aus diesem Fonds unterhalten wurden, jetzt stillirt sind. Es sei also ein so großer Dispositionsfond nicht mehr nöthig.

Reichskanzleramtsdirector v. Philipsborn glaubt, daß der Wunsch des Vorredners die Folge einer mißverständlichen Auffassung der Zwecke dieses Fonds sei. Derselbe sei bestimmt, der Reichsregierung die Mittel zu geben, augenblicklich im Bedarfsfalle eine neue Consularstelle provisorisch zu gründen. Diese Aufgabe sei durch die Statistiken der vom Vorredner angeführten Consulate nicht geändert, im Gegentheil habe die Regierung die Absicht, in ihrer bisherigen Praxis bei Gründung neuer Consulate fortzufahren.

Die Position wird bewilligt, ebenso ohne Debatte die übrigen Ausgabe-positionen dieses Etats.

Bei Tit. 4 der Einnahmen (Gebühren bei den besoldeten Generalconsulaten, Consulen und Viceconsulen 264,465 M.) wünscht Abg. Rapp in Zukunft eine Specificirung dieser Position, um das Verhältniß der Ertraben zu den Kosten bei den einzelnen Stellen beurtheilen zu können.

Reichskanzleramtsdirector v. Philipsborn verspricht dem Wunsche des Vorredners im kommenden Etat Rechnung zu tragen, da der Zweck des Antrages der Regierung vollkommen genügt sei. Das General-Consulat in Newport koste ungefähr jährlich 120,000 M. und bringe durchschnittlich alle Jahre 90,000 M.

Sämmtliche Einnahmepositionen dieses Etats werden bewilligt.

Es folgt der Etat der Reichsjustizverwaltung. Bei Tit. 7 der Ausgaben (Dispositionsfonds zur Annahme von Hilfsarbeitern, Kanzleidiätäten und Hilfschreibern, sowie zu Remunerationen an Sachverständigen für gesetzgeberische Vorarbeiten 40,000 M.) bittet Abg. Marquardsen um nähere Auskunft über die Pläne, welche das Reichsjustizamt und sein neuer Präsident für ihre legislativischen Arbeiten feststellen haben.

Präsident des Reichsjustizamts Staatssecretär Friedberg: Ich freue mich, daß mir an dieser Stelle Gelegenheit gegeben wird, mich über die Aufgaben auszusprechen, welche jetzt dem Reichsjustizamt zugewiesen sind. Ich betrachte als unsere Hauptaufgabe zunächst die Ausarbeitung derjenigen Gesetze, welche zur Ausführung der von Ihnen beschlossenen

nen Justizgelehrte nötig sind. In der Reihenfolge wird zunächst das vorbestehende Gesetz über die Rechtsanwaltschaft kommen. Dasselbe ist bereits festgestellt, nur die Motive bedürfen noch einer Revision. Auch das Gesetz über die Straßvollstreckung ist bereits in Angriff genommen und wird nach Fertigstellung der Anwaltsordnung energig fortgesetzt werden. Es muß ferner ein Gesetz über die Gerichtsgebühren ausgearbeitet werden. Dieses Gesetz macht mir seiner großen Schwierigkeit wegen jetzt die meisten Sorgen, weil gleichzeitig mit demselben die Gebühren der Anwaltschaft, die der Zeugen und Sachverständigen und die der Criminal-Justiz geregelt werden müssen. Hier namentlich sind es die Finanz-Verordnungen aller deutschen Länder, welche keinen großen Anfall in den Einnahmen wünschen und deshalb Schwierigkeiten verursachen werden. Wir werden auch zu arbeiten haben auf dem Gebiete der Handelsgelehrte; der Bundesrath hat dem Reichsjustizamt die Aufgabe überwiesen, eine Novelle zum Actiengesetz auszuarbeiten, welche den Ausschreitungen bei Gründungen entgegenzuwirken bestimmt ist. (Beifall.)

Eine solche Aufgabe ist leichter aufgestellt als ausgeführt. Man wird in weite Rechtsgebiete eingreifen müssen; trotzdem aber ist diese Aufgabe eine solche, welche nicht verschoben werden kann, und ich werde mich nach Kräften bestreben, die Wünsche der Regierungen und der Volksvertretung in dieser Hinsicht zu erfüllen. Auch andere Gebiete der Gesellschaftsgelehrte werden unsere Thätigkeit in Anspruch nehmen. Ein Genossenschaftsgesetz, ein Gesetz über die Rechte der Inhaber von Eisenbahnpapieren und ein Eisenbahn-Concursgesetz sind dringend nötig. Eine Reform der Consular-Gerichtsbarkeit, welche jetzt nur auf den alten preussischen Gesetzen beruht, wird jetzt für das Reich eintreten müssen. Von kleineren Gesetzen, wie z. B. das Gesetz über die Beglaubigung öffentlicher Urkunden ist, will ich schweigen. Diese Aufgaben werden uns für die nächsten Jahre hinlänglich beschäftigen. Daneben müssen wir den ordentlichen Dienst führen. Dazu gehört die Ausübung des nach Artikel 16 der Verfassung den Reichsbehörden zustehenden Aufsichtsrechtes über die Ausführung der Reichsgesetze durch die Landesbehörden, auf welche wir keineswegs verzichten dürfen. Dazu gehört ferner die Justizverwaltung in Elsaß-Lothringen, wodurch wir etwa die gleiche Arbeit haben, wie ein mittelstaatliches Justizministerium. Wir gewinnen aber dadurch einen Kern von praktischen Erfahrungen, so daß wir uns nicht ausschließlich auf dem Boden der idealen legislativen Thätigkeit zu bewegen brauchen. Das Reichsjustizamt soll auch im Bedarfsfalle allen Reichsbehörden mit juristischem Beirath zur Seite stehen. Sie werden mir zugeben, daß ich diese Aufgaben mit meinem etatsmäßigen Personal nicht lösen kann, zumal da ich im Reichsjustizamt Mitarbeiter ad hoc aus allen Theilen Deutschlands haben muß. Ich kann nur konstatiren, daß mir von allen deutschen Regierungen durch vollkommenes Entgegenkommen meine schwierigen Aufgaben bedeutend erleichtert werden. Ich bedarf also dieses Fonds dringend. Ich kann die Bewilligung bei meiner außerordentlich kurzen Amtsführung nicht als Vertrauensvotum ansehen, hoffe aber, daß ich mir in Zukunft ein solches erringen werde. Damit nicht unsere Arbeiten verfrüht vor Sie gelangen, bitte ich Sie, mir den Titel ungeschmälert zu bewilligen.

Dieser Titel, sowie alle übrigen dieses Stats werden bewilligt. Ohne Debatte genehmigt das Haus den Etat des Reichseisenbahn-Amtes.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung.)

Berlin, 14. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Justiz- und Appellationsgerichts-Rath Nölle zu Marienwerder den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Stadgerichtsrath Dr. G. Ebert zu Berlin den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Landes-Oekonomie-Rath Gähne zu Erfurt den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; sowie dem Steuer-Einnehmer Mößler zu Festsberg im Kreise Polnisch-Wartenberg den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Domänenpächtern und Ober-Amtmännern Kün zu Breßig und Kade zu Vorkisch den Charakter als Amts-Rath verliehen; sowie den Stadtrath und Syndikus Philipp zu Schweidnitz, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl, als unbedenklichen Beigeordneten der Stadt Schweidnitz für die geistliche Amtsbauer von sechs Jahren; und den seitigeren unbedenklichen Beigeordneten (zweiten Bürgermeister) der Stadt Stahfurt, Consul a. D. Stengel daselbst, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl, in gleicher Eigenschaft für eine fernerweite sechsjährige Amtsbauer bestätigt.

Den Domänenpächtern Sperber zu Granau und Carl zu Haysburg ist der Charakter als Ober-Amtmann verliehen worden. — Der Privat-Docent Dr. med. et phil. Edward Kütz in Marburg ist zum außerordentlichen Professor in der medicinischen Facultät der dortigen Universität ernannt worden. — Der Sanitätsrath Dr. Haack zu Stendal ist zum Kreis-Physikus des Kreises Stendal ernannt worden. — Dem ersten Seminarlehrer am Schullehrer-Seminar zu Montabaur, Karl Severin Meißter, ist das Prädikat „Musk-Director“ beigelegt worden. — Der bisherige Vertikations-Vorsteher Karl Müller zu Bromberg ist zum königlichen Eisenbahn-Maschinenmeister bei der Ostbahn ernannt worden.

Berlin, 14. März. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen heute den Vortrag des Chefs des Civilcabinetts, Geheimen Cabinetts-Raths von Wilmowski, entgegen und empfingen den Grafen Schlieffen-Schlieffenberg und den Unter-Staatssecretär Maybach im Handelsministerium. — Beide Kaiserliche Majestäten erschienen gestern Abend auf der Soiree des Fürsten Anton Radziwill und heute bei dem Diner des Ministers des königlichen Hauses, Frhrn. v. Schleinitz.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern militärische Meldungen entgegen. Um 12 Uhr ertheilte Höchsterseits dem Geheimen Ober-Regierungs-Rath von Loeper aus dem Ministerium des königlichen Hauses und um 12 1/2 Uhr dem Ober-Bürgermeister Hobrecht Audienz. Abends wohnten die Höchsten Herrschaften der italienischen Oper bei Kroll bei. (Reichsanz.)

Gewinn-Liste der 4. Klasse 155. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.)

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden: *

59 66 83 164 259 67 93 318 35 90 491 94 500 21 60 68 83 609 35 728 53 79 (300) 84 92 99 847 88 1016 68 133 (300) 39 44 77 (300) 219 55 60 99 310 (300) 19 62 469 505 646 99 749 50 (300) 53 821 86 982 2154 68 (600) 244 (300) 304 9 500 (300) 17 74 601 54 67 782 (1500) 803 48 56 69 908 11 44 83 3223 46 47 331 74 75 401 516 600 (600) 85 (1500) 838 945 56 62 89 4140 409 583 (300) 95 620 764 67 854 903 65 1012 60 91 99 180 219 24 (300) 28 38 91 438 56 587 631 43 86 95 (300) 99 732 (600) 42 824 47 (600) 92 919 20 56 68 69 6045 106 (300) 7 20 40 67 219 387 518 26 (300) 28 633 41 51 73 793 (300) 826 64 81 931 48 64 7081 91 112 71 218 33 (1500) 44 61 80 475 93 (300) 519 675 (300) 77 762 69 823 938 8007 (3000) 104 210 46 80 300 8 59 425 45 60 556 83 (600) 652 74 (300) 84 89 703 46 866 998 9131 63 83 253 77 324 32 54 69 99 413 (600) 16 516 67 (1500) 644 (1500) 63 (300) 85 (300) 83 (1500) 719 806 15 (6000) 83 923 82.

10,030 68 115 27 39 210 93 320 31 34 434 44 514 627 98 787 (1500) 91 930 34 95 11,004 72 (300) 111 (1500) 58 222 345 (600) 437 (600) 43 (300) 555 677 78 739 49 52 800 18 42 47 76 89 12,043 (300) 192 256 84 353 70 430 574 606 55 704 31 863 85 946 (300) 13,062 137 44 94 226 449 89 90 521 65 608 12 70 831 52 902 16 (600) 92 96 14,154 (300) 57 (600) 58 244 58 (300) 62 455 94 501 20 42 (600) 67 88 99 (1500) 677 719 27 819 30 66 (1500) 88 915 15,080 351 462 501 29 46 62 664 734 51 804 8 17 903 8 (300) 16,007 38 (300) 162 269 (300) 84 315 16 39 (600) 42 70 529 50 90 620 (300) 703 (300) 89 (6000) 852 76 930 (1500) 90 17,025 72 134 (1500) 280 321 84 412 58 553 (3000) 609 13 95 704 814 973 90 96 18,063 (300) 86 122 (300) 42 74 206 (45,000) 16 (15,000) 47 60 94 (600) 328 (300) 48 460 (300) 536 57 621 28 65 710 909 43 49 92 (1500) 19,019 78 112 15 89 98 293 95 98 316 64 65 (300) 84 (300) 97 495 (300) 574 82 633 710 897 910 84.

20,006 85 (300) 197 228 51 (300) 80 311 16 58 84 (6000) 454 97 548 56 58 64 97 609 (600) 59 81 717 22 84 824 82 21,001 6 7 (3000) 187 394 511 (300) 42 (15,000) 58 (3000) 601 18 803 13 39 55 57 22,137 45 (300) 56 253 (3000) 65 94 419 33 (300) 44 69 512 23 600 40 94 702 31 81 858 89 23,004 25 57 81 103 252 58 349 428 41 64 98 546 93 673 719 31 38 806 17 88 937 63 24,007 92 159 77 213 20 334 53 71 91 422 530 48 59 666 787 (1500) 858 25,103 67 79 (3000) 206 17 301 (300) 458 83 512 15 62 80 98

669 816 46 81 90 95 26,104 97 221 342 56 (300) 62 428 67 503 16 18 51 75 91 610 22 75 752 (3000) 88 75 917 20 45 (300) 27,033 111 53 63 64 269 377 575 659 67 70 76 86 715 (600) 53 73 (300) 93 831 51 79 (300) 94 926 (1500) 37 (600) 71 97 28,002 273 97 326 42 85 (600) 469 77 (600) 87 93 97 547 665 83 727 32 83 867 905 33 53 79 81 (300) 29,032 (300) 93 94 101 233 67 322 40 77 424 82 508 22 (300) 92 601 74 719 23 (1500) 75 80 84 857 62 981 86. 30,040 50 (600) 56 73 92 201 12 58 314 (600) 58 59 64 (600) 85 476 513 720 78 816 21 71 92 980 31,094 132 65 69 235 44 64 305 25 (300) 29 43 503 (300) 37 50 601 57 736 68 88 886 (300) 89 911 18 40 32,123 35 78 306 96 (1500) 99 405 14 512 23 66 622 48 81 97 755 806 20 80 (300) 911 33,037 (1500) 60 67 100 44 (300) 250 (1500) 78 387 630 63 97 729 96 800 42 48 71 98 912 37 34,038 95 96 99 222 305 30 429 62 566 (600) 623 72 705 848 (600) 35,004 34 54 116 (300) 44 305 (600) 7 14 (300) 466 613 15 74 709 43 86 98 801 19 (3000) 36,013 38 45 68 85 (6000) 112 283 324 30 (600) 41 46 51 62 80 464 638 (1500) 95 782 95 838 92 918 (300) 90 37,037 112 48 91 (1500) 268 88 346 87 528 702 (600) 3 16 29 58 92 (300) 811 84 (15000) 929 53 76 38,019 52 107 83 230 368 445 571 696 732 64 890 (600) 910 14 75 39,066 88 144 83 (3000) 228 316 68 404 48 78 514 (300) 98 (300) 641 77 85 771 88 821 (300) 32 907 41 (300).

40,163 68 203 81 (3000) 343 452 64 629 52 710 51 (300) 60 (300) 70 86 88 813 46 80 (3000) 88 (1500) 916 64 300 94 41,031 41 42 91 112 216 363 511 649 54 (600) 74 734 56 72 813 29 45 91 935 42,093 97 134 (600) 64 81 84 (1500) 202 314 435 48 70 (3000) 626 (3000) 44 767 (300) 84 (600) 822 31 (300) 54 959 43,093 (300) 130 55 (1500) 92 211 18 320 (300) 52 (1500) 458 60 63 97 531 697 707 19 30 (300) 75 817 19 60 904 (1500) 71 44 098 102 11 78 205 7 344 (300) 87 452 69 (3000) 584 602 3 6 723 53 73 866 931 57 45,002 8 53 216 77 89 505 43 71 (3000) 636 89 708 27 (1500) 48 (3000) 831 42 65 (300) 905 97 46,007 51 54 59 139 203 (300) 56 374 79 (300) 404 (600) 43 44 90 522 48 602 810 14 23 (600) 40 67 74 76 79 (600) 47,098 129 34 (600) 44 53 352 401 7 34 (600) 596 (300) 623 700 28 66 (300) 815 24 98 995 48,020 88 194 241 67 81 304 43 (300) 459 79 539 (300) 78 88 659 67 (300) 740 68 (300) 76 823 95 (600) 917 49,137 85 (3000) 99 (300) 209 25 303 424 (600) 559 (1500) 65 692.

50,018 26 29 77 258 359 99 461 512 44 48 618 34 886 51,078 103 46 408 74 544 59 (3000) 91 825 52,013 23 (300) 37 86 120 24 95 (3000) 220 64 395 414 512 43 81 642 55 700 (600) 69 (1500) 837 87 944 51 60 65 53,136 86 96 (600) 240 92 302 41 (300) 69 426 42 66 507 611 27 (600) 62 78 89 736 52 827 54 72 995 54,096 101 6 18 (600) 70 (600) 77 203 73 (600) 84 316 (300) 31 59 80 406 8 45 (600) 51 (1500) 528 44 52 76 (600) 92 608 56 90 716 865 905 20 49 (300) 93 55,038 40 221 30 85 461 68 90 500 650 55 712 24 45 815 901 39 56,077 128 93 258 323 48 426 (300) 639 53 741 (300) 68 829 60 83 971 86 (300) 57,012 24 494 508 26 (300) 84 759 823 (3000) 29 (300) 914 58,044 74 107 81 (300) 255 306 28 400 14 (600) 30 (600) 41 589 604 13 23 57 62 68 95 96 728 67 74 (3000) 87 844 919 63 59,005 8 (600) 11 64 147 52 231 40 52 99 327 37 412 (300) 22 24 96 523 63 90 614 15 46 48 53 701 32 87 91 805 26 45 914.

60,006 18 57 79 199 70 87 230 36 45 71 303 12 76 (600) 427 (300) 29 31 522 40 56 (600) 84 602 5 (300) 34 (300) 96 738 (300) 46 (300) 816 30 944 50 98 (600) 61,044 47 136 47 72 (300) 80 218 47 54 84 304 82 83 417 56 98 99 567 89 (3000) 622 (300) 45 63 81 (1500) 701 58 (300) 75 (3000) 857 63 78 (1500) 80 85 916 93 (300) 62,022 (3000) 24 30 124 64 74 444 72 573 715 47 61 66 825 (600) 95 (1500) 902 33 63,108 30 36 (600) 57 75 (1500) 91 440 (1500) 568 711 (3000) 49 809 938 64 64,005 17 111 32 239 64 373 88 91 449 514 44 75 668 701 (300) 48 51 65,174 85 (300) 331 62 471 (1500) 80 503 (1500) 49 (600) 685 740 821 (600) 68 909 30 42 54 66,035 108 62 231 70 89 343 60 401 41 66 539 (600) 43 (600) 83 647 56 87 933 67,022 75 93 117 35 87 244 63 85 97 359 96 400 28 702 30 892 68,001 19 63 159 66 260 85 88 439 58 79 507 40 602 (600) 22 57 85 94 718 33 45 837 (300) 932 69,009 47 112 65 99 230 70 304 91 480 (3000) 583 708 71 833 46 51 967.

70,011 (1500) 73 (3000) 174 (3000) 93 254 302 527 53 626 32 40 99 739 81 927 64 86 89 71,067 68 (600) 134 (600) 47 52 82 812 14 17 49 (300) 53 58 382 83 91 416 42 534 64 89 718 61 238 99 943 72,015 24 56 119 21 24 46 70 225 315 50 62 (300) 66 71 83 91 413 75 514 17 30 (600) 75 619 39 (300) 57 59 711 803 25 912 87 93 96 73,053 97 148 211 39 49 386 416 87 534 97 (6000) 610 35 44 88 95 752 823 38 913 (600) 22 47 (300) 53 74,011 (600) 22 131 78 (600) 237 57 75 97 409 15 78 (600) 552 616 60 75 90 (3000) 781 818 66 89 90 94 (300) 942 63 78 75,003 9 128 55 (300) 57 91 253 56 (300) 311 (1500) 23 50 467 78 (300) 98 552 (1500) 56 97 689 90 702 18 39 858 73 (300) 908 (300) 69 72 628 66 83 211 (600) 42 323 51 (300) 406 41 45 631 78 728 65 84 832 43 57 78 84 77 88 927 34 (300) 81 (300) 77,009 10 (600) 24 (300) 63 83 85 95 103 46 54 90 423 (300) 48 59 81 554 (300) 55 (600) 98 630 46 728 83 824 (300) 29 35 84 910 25 (600) 55 78,014 (600) 30 99 149 98 (300) 201 55 78 (3000) 301 68 (300) 403 20 52 (600) 69 536 72 602 49 76 85 99 832 33 49 52 999 79,046 102 202 79 316 62 403 51 79 (300) 85 97 (300) 512 70 768 (300) 820 909 58.

80,002 54 100 (300) 62 92 264 315 449 55 589 665 (300) 705 26 61 67 87 868 907 75 81,008 40 263 (600) 77 317 18 60 448 (1500) 52 654 89 92 99 (3000) 791 99 818 35 900 57 90 (300) 82,018 94 115 23 39 53 (300) 58 (300) 74 81 229 31 44 (300) 97 337 412 36 50 67 533 (3000) 87 603 9 726 835 (300) 56 941 72 83,056 77 87 (300) 111 35 38 57 58 63 316 447 581 688 718 66 97 818 (600) 41 76 98 951 68 84,078 109 19 (1500) 82 (600) 291 (600) 311 22 80 82 438 71 (600) 90 514 55 644 711 821 55 85,174 (300) 356 422 34 42 65 505 79 (1500) 646 750 72 93 802 12 (300) 35 946 86,030 141 261 (300) 88 (3000) 353 74 568 94 613 51 700 86 841 77 905 87,027 49 93 105 47 222 82 353 530 (600) 31 (300) 44 683 741 810 27 903 97 99 (600) 88,008 130 65 (1500) 73 304 99 475 556 607 11 (600) 26 73 717 44 62 (300) 802 78 937 89,040 43 (300) 107 18 (300) 204 22 807 19 32 42 404 29 63 70 (300) 555 (600) 622 50 95 732 807 79 925 51 54 57.

90,099 117 (1500) 45 319 (300) 26 93 424 32 37 76 77 513 38 640 43 (300) 54 707 18 90 (600) 820 22 68 943 91,071 (600) 138 65 314 43 52 86 87 90 409 28 71 77 508 (300) 44 68 86 629 (300) 75 81 86 93 98 711 30 (300) 41 821 68 97 963 75 85 90 92,019 73 103 14 28 37 46 68 77 82 85 222 26 77 97 336 52 58 72 (300) 99 (600) 414 92 97 99 514 25 45 75 78 632 60 67 79 765 81 (300) 940 (1500) 73 93,024 255 (600) 72 84 97 307 22 49 56 76 95 476 508 18 66 83 640 92 (1500) 840 (300) 76 902 4 38 51 (3000) 72 75 94,068 85 190 228 359 412 (300) 29 570 (1500) 81 641 703 34 37 81 855 80 87.

[Dementi.] Wie bereits telegr. gemeldet, schreibt der „Reichs-Anz.“: In den Berichten der „Westfälischen Zeitung“, des „Düsseldorfer Anzeigers“ u. a. Blätter über die am 10. d. M. in Köln abgehaltene öffentliche Versammlung zur Besprechung der wirtschaftlichen Lage wird erwähnt, daß Herr Baare von Bochum in seiner Rede unter Anderem mitgeteilt habe, der Finanzminister Camphausen habe ihm auf eine vor zwei Jahren wiederholt angebrachte und mit dem Hinweis auf die schon vorliegenden unheilvollen Resultate unterstützte Vorstellung über unsere Wirtschaftspolitik die Antwort ertheilt: „Glauben Sie, daß wir in Berlin eine Thräne darum weinen, wenn Sie in Westfalen zu Grunde gehen?“ Wir sind in den Stand gesetzt zu erklären, daß eine solche Antwort von dem genannten Herrn Minister nicht ertheilt worden ist und daß jene Mittheilung, wenn sie der Versammlung wirklich gemacht worden, eine grobe Unwahrheit enthält. Vorausgesetzt wird das Thatsächliche hierbei auch noch im gerichtlichen Verfahren demnach festgestellt werden.

[v. Quast +.] Der Geheime Regierungsrath, Conservator der Kunstdenkmäler, Domherr zu Brandenburg, von Quast auf Rabensleben, ist am 11. d. Mts. daselbst verstorben.

[Aus Kiel] wird vom 14. d. M. gemeldet: Posten aus Christiania vom 11. und 12. und Post aus Stockholm vom 12. d. Mts. heute nicht eingegangen.

Provinzial-Beitung.

—d. Breslau, 14. März. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] Die letzte Monats-Versammlung eröffnete der Vorsitzende, Herr Dr. Lip-

sch, mit verschiedenen Mittheilungen. Redner fordert zum Abonnement auf den „Bildungsverein, Centralblatt für das freie Fortbildungsweien“, auf. — Den nächsten Sonntagsvortrag im Musiksaal der Universität wird Professor Dr. Hartmann Schmidt halten. — Der Cyclus der von Redacteur H. Bauer gehaltenen Vorträge ist beendet. Einen neuen literar-historischen Cyclus wird nächsten Dienstag Breigier Reichbach beginnen. Das Thema wird voraussichtlich „Göthe's Bedeutung für die deutsche Literatur“ lauten. — Mit dem Director des Thalia-Theaters ist ein Abkommen getroffen worden, wonach die Mitglieder des Vereins an jedem Dienstag billige Eintrittspreise in das Thalia-Theater haben sollen unter der Voraussetzung, daß von den Mitgliedern des Vereins jedesmal für mindestens 100 M. Billets gelöst werden. — Unter die Anwesenden wurden an Druckgaben verteilt: „Ausgabenversicherung, einer der mächtigsten Hebel zur Einführung des Baarverlehrs und Förderung des allgemeinen Wohlstandes“ von Dr. W. Löwenthal, mit einem Vorwort von Schulze-Delich; ferner Nummern von der in Hannover erscheinenden „Rundschau, Wochenschrift für politischen, wissenschaftlichen und literarischen Fortschritt.“ — Hierauf hielt Herr Dr. Schiewel Vortrag über „Weinbereitung und Weinverfälschung.“ Herr Hofferichter theilt mit, daß der Dresdener Verein für Feuerbestattung eine Zeitschrift „Die Urne“ herausgebe. Den Schluß der Versammlung bildete die Erledigung des Tagesplans.

A. F. Breslau, 14. März. [Handwerker-Verein.] Die letzte Nord-polepediton und die Entdeckung des Franz-Josefsland durch die Capitane Bayer und Weyprecht waren der Gegenstand eines Vortrages, in welchem Herr Sanitätsrath Dr. Hodann am längsten zahlreiche besuchten Vereins-abend eine detaillierte Schilderung der Mühfale und Gefahren gab, denen die Mitglieder der genannten Expedition ausgesetzt waren. — Nachdem der Herr Vortragende mit dankenswerther Bereitwilligkeit noch einige Fragen medicinischen Inhaltes erwidert, wurde die Versammlung in Ermangelung anderweitiger Vorlagen geschlossen.

□ Lauban, 13. März. [Zur Tageschronik.] Der so plötzliche und unerwartete Besitz einer höchst vortheilhaften Capelle und die Erwägung, ob dieselbe auch in Lauban ihre Existenz finden wird, bildeten im Laufe der vergangenen Woche das Hauptthema lebhafter Erörterungen. Der neue Capellmeister entwickelt eine energische Thätigkeit. In der vergangenen Woche veranstaltete er außer 4 Concerten in Lauban noch solche in Markt-lissa, Hirschberg und Görlitz. Diese Concerte fanden überall den reichsten Beifall; doch leider ist das Bemühen zunächst nicht von „Klingenberg“ Er-folgen begleitet gewesen. Doch das eine ist gewonnen: Herr Capito hat gezeigt, daß er mit seiner Capelle ausgezeichnetes zu leisten vermag. — Schon seit länger denn 30 Jahren besteht hier eine Handwerker-Fortbildungsschule. Dieselbe ist von dem hiesigen Gewerbevere

